

Antworten der Kandidaten

In der April-Ausgabe stellten wir Ihnen die Wahlprüfsteine des SoVD an die Kandidaten und Kandidatinnen für das 8. Europäische Parlament vor. Die Fragen zu wichtigen sozialpolitischen Themen wurden zeitgleich an alle größeren Parteien geschickt. Die entsprechenden Antworten drucken wir nachfolgend in Auszügen ab.

Da die einzelnen Positionen der Parteien umfangreich ausfielen, ist der Abdruck auf einzelne Zitate als Kernaussagen beschränkt. Der SoVD vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen

und behinderten Menschen. Die soziale Gerechtigkeit, der Ausbau und Erhalt der sozialen Sicherungssysteme stehen dabei im Mittelpunkt. Der SoVD verhält sich parteipolitisch neutral und gibt keine Empfehlung zur Wahl ab. Die Darstellung der unterschiedlichen Positionen soll dazu dienen, ei-

ne Orientierung für die Wahlentscheidung zu geben. Wenn Sie die Wahlprüfsteine des SoVD sowie die Antworten in voller Länge lesen möchten, besuchen Sie das Wahlportal des SoVD unter www.sovd.de/europawahl.



Achte direkte Europawahl

Die Europawahl 2014 wird die achte Europawahl sein, bei der das Europäische Parlament direkt gewählt wird. In Deutschland, Österreich und Luxemburg wählen die Bürgerinnen und Bürger am 25. Mai. Anders als bei der Bundestagswahl haben Wähler und Wählerinnen aber nur eine Stimme. Mit dieser können sie sich direkt für eine Liste entscheiden.



Bitte nutzen Sie Ihr Wahlrecht!

Die Europäische Union verbindet Menschen und baut Brücken, nicht nur zwischen Märkten, sondern auch Kulturen. Europa ist wichtig für den Frieden und der Frieden ist wichtig für Europa. Sie sind untrennbar miteinander verbunden.

Gerade in diesem Jahr, in dem wir des Beginns des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren und des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren gedenken, müssen wir uns daran erinnern, dass Frieden und Zusammenhalt in Europa nicht selbstverständlich sind. Es ist unsere Pflicht als Verband, der als Kriegsoffizierverband gegründet wurde, die Erinnerung an die Leiden, die mit Gewaltherrschaften und solchen Katastrophen verbunden sind, wach zu halten.

Daher ist es umso wichtiger, das eigene aktive Wahlrecht zu nutzen und über die Zukunft Europas mitzuentcheiden. Wir müssen weiter an den Brücken bauen, die Frieden und Demokratie in Europa sichern und die soziale Sicherheit der Menschen verbessern. Setzen Sie mit Ihrer Stimme ein klares Signal für ein friedliches und demokratisches Europa!

Adolf Bauer
SoVD-Präsident



Adolf Bauer

Arbeitsmarkt und Jugend

Die Arbeitslosigkeit hat in vielen EU-Mitgliedstaaten einen neuen Höchststand erreicht. Über fünf Millionen junge Menschen in der EU sind ohne Job. Der SoVD fragte nach beschäftigungspolitischen Initiativen zur Verbesserung der Qualitätsstandards.

„Wir sagen ja zur Freizügigkeit in Europa (...) Konkret wollen wir die Vermittlung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen erleichtern. (...) Während Deutschland die geringste Jugendarbeitslosigkeit in der EU hat, haben gerade Jugendliche in Krisenländern derzeit wenig Chancen auf einen Job. Wir wollen deshalb die von uns auf den Weg gebrachte EU-Jugendoffensive fortführen und ausbauen.“



„Die zentrale Beschäftigungsinitiative ist für uns eine nachhaltige Industrie- und



Wirtschaftspolitik. (...)

Zum Konzept guter Arbeit (...) muss das Prinzip gleicher Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort endlich für alle Arbeitsverhältnisse in Europa umgesetzt werden. (...) Langfristig kann Jugendarbeitslosigkeit nur durch strukturelle Reformen der Arbeitsmärkte und Bildungssysteme sowie durch gezielte Investitionen in diesen Bereichen bekämpft werden.“

„Förderinstrumente wie der Europäische Sozialfonds (ESF) können helfen. (...) Dabei werden die Mitgliedstaaten nicht umhin kommen, auch strukturelle Reformen vorzunehmen. (...) Bei der



Neuaufgabe der EU-Förderprogramme hat sich die FDP insbesondere für die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen eingesetzt und dafür gekämpft, dass auch die berufliche Aus- und Weiterbildung förderwürdig im Sinne des ESF ist.“

„Die LINKE setzt sich für ein Zukunftsprogramm gegen Erwerbslosigkeit ein, mit dem öffentliche Investitionen gefördert werden. So wird der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft befördert, die soziale Infrastruktur ausgebaut und insbesondere mit dem Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge Beschäftigung geschaffen. Eine Koordinierung der



Lohn- und Steuerpolitik durch solidarische Regeln in der Eurozone soll zudem Ungleichgewichte vermeiden.“

„Auf EU-Ebene gibt es bereits eine Reihe von Programmen zur Förderung von Beschäftigung und guter Arbeit. Um die Mittel möglichst effektiv zu nutzen und Überschneidungen zu vermeiden, fordern wir die bessere Durchsetzung von bestehenden Programmen. Initiativen zur grenzüberschreitenden Mobilität oder zur Verbesserung der Studienfinanzierung sind wichtige Startpunkte für die Verbesserung des Arbeitsmarktes.“



Gleichbehandlung von Frauen

Die Gleichbehandlung der Geschlechter stellt eines der grundlegenden demokratischen Prinzipien dar. Dennoch werden Frauen in vielen Bereichen benachteiligt. Der SoVD stellte Fragen zur Entgeltgleichheit sowie zu Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen.

„Die CDU/CSU akzeptiert nicht die bestehende Lohndifferenz. (...) Ziel muss sein, u.a. die Arbeit in der Pflege, Betreuung und frühkindlicher Bildung weiter aufzuwerten. (...) Wir werden Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten gesetzlich einführen.“



„Die SPD unterstützt die Forderung nach mehr Transparenz in Unternehmen, so

dass die vorhandenen Lohnlücken aufgedeckt und geschlossen werden können. (...) Sie unterstützt eine rechtsverbindliche Frauenquote.“

„Frauen sind in Führungsgremien immer noch deutlich unterrepräsentiert. Um dies zu ändern, setzen Liberale auf Aufklärung und auf die Freiwilligkeit der Unternehmen.“



„Die LINKE fordert eine Mindestquotierung aller politischen Mandate und öffentlichen Ämter sowie Vorstands- und Aufsichtsratsposten in der privaten Wirtschaft von 50 Prozent.“



„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bleibt für die Grünen ein prioritäres Thema und wird es auch in der kommenden Legislaturperiode bleiben.“

